

Rede zur Vorlage der Haushaltssatzung 2020 der Stadt Alsdorf

Ratssitzung am 21. Januar 2020

Horst-Dieter Heidenreich, GRÜNE-Fraktion

Es gilt das gesprochene Wort!

Die Haushaltslage der Stadt Alsdorf hat sich weiterhin etwas entspannt, auch wenn eine hohe Gewerbesteuerzahlung im Vorjahr nunmehr einen deutlichen Rückgang der Schlüsselzuweisungen durch das Land zur Folge hat, gemäß dem Motto: Hohe Steuereinnahmen verursachen geringere Zuweisungen, niedrige Gewerbesteuerzuflüsse bewirken im Folgejahr höhere Zuweisungen des Landes.

Nun haben die geringeren Einnahmen zur Folge, dass die Stadtverwaltung vorschlägt, im kommenden Jahr kräftig an der Steuerschraube zu drehen – und zwar bei der Grundsteuer B, die gleichermaßen Hausbesitzer und Mieterinnen und Mieter betrifft, die diese Erhöhung über die Mietnebenkosten bezahlen.

Schon jetzt liegt die Stadt Alsdorf mit 695 Punkten an der Spitze in der Städtereion – gemeinsam mit Monschau. Mit 790 Punkten wäre sie dann einsame Spitze! Unser Bürgermeister und die ihn tragende SPD-Fraktion haben in den letzten Jahren ein neues Wohnbaugebiet nach dem anderen ausgewiesen – nicht selten mussten Grünbereiche dafür weichen, was wir GRÜNEN immer wieder kritisierten. Gut möglich, dass diese exorbitant hohe Grundsteuer B künftig mögliche Neubürger davon abhält nach Alsdorf zu ziehen. Aber letztlich ist dies zweitrangig, denn unsere hier lebende Bevölkerung muss die höheren Beiträge ja ohnehin zahlen. Diese Maßnahme können wir nur mit Entschiedenheit ablehnen!

Ein guter Witz ist übrigens die Ankündigung, nach zwei Jahren diese Erhöhung der Grundsteuer B wieder rückgängig zu machen. Ich kann mich in meiner 35-jährigen Zeit als Ratsmitglied nicht daran erinnern, dass wir jemals die Grundsteuer gesenkt hätten. Und mit Blick auf die sich eintrübende Konjunktur ist für die nächsten Jahre wohl eher mit einer weiteren Anhebung des Steuersatzes zu rechnen.

Dennoch gilt, wie in den vergangenen Jahren unserem Kämmerer und seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern unser Dank für die geleistete Arbeit.

Leider hat sich auch im letzten Jahr an der inhaltlichen Ausrichtung des Haushaltes, insbesondere im wichtigen Bereich der Stadtentwicklung, nichts Wesentliches geändert. Der Flächenfraß ist noch nicht gestoppt. Beispielhaft sei hier das ehemalige Realschulgelände in Ofden am Rande des Tierparks erwähnt, es bietet seit Monaten das Bild einer offenen Wunde im an sich grünen Umfeld des Naherholungsgebietes!

In den kommenden Jahren werden wir GRÜNEN bei einem entsprechenden Ergebnis bei den Kommunalwahlen darauf hinwirken, dass diese Politik des fortschreitenden Grünverlusts ein Ende hat!

Ich wiederhole mich gerne mit einer Aussage, die ich schon im vergangenen Jahr getroffen habe: Alsdorf ist die **am dichtesten besiedelte Stadt mit den wenigsten Freiflächen in der Städteregion ! Es wird höchste Zeit, dass man hier die Grenzen des Wachstums in die Fläche erkennt!**

Ein großes Thema der Zukunft wird die Neugestaltung der Innenstadt sein. Hier sind große Herausforderungen vorhanden. Dies betrifft sowohl die soziale Problematik, die Verkehrssituation als auch die Bebauung im Bereich Bahnhofstraße, Denkmalplatz sowie den Innenbereich um den Zentralparkplatz.

Hier gilt für uns: Sanierung und Modernisierung des Altbaubestands haben Vorrang gegenüber möglichem Abriss und blindwütigem Neubau.

An der verkehrlichen Situation dort, an den Abgasen und dem Lärm insbesondere auf der Bahnhofstraße hat sich auch fast 1 ½ Jahre nach unseren Schadstoffmessungen nichts getan. Die Aufenthaltsqualität ist nach wie vor miserabel. Unser Antrag, die Bahnhofstraße verkehrlich zu beruhigen, ist im letzten Jahr von der Ratsmehrheit abgelehnt worden. Ich habe die große Hoffnung, dass diese immer noch autogerechte Politik zulasten der schwächeren Verkehrsteilnehmer sich spätestens nach der Kommunalwahl im Herbst ändern wird. Die Verbesserung der Aufenthalts- und Lebensqualität in der Innenstadt muss in den nächsten Jahren ein wesentlicher Posten im kommunalen Haushalt werden. Künftig müssen der Mensch und die sanfte Mobilität im Mittelpunkt unserer Daseinsvorsorge stehen.

Was den öffentlichen Personennahverkehr anbetrifft, regierte viele Jahre lang im innerörtlichen Bereich (also die Stadtbusverbindungen) der Rotstift. Während die Euregiobahn ihre Erfolgsgeschichte weiterschreibt, während mit der RegioTram ein weiteres regionales Projekt angeschoben wird, ist nicht zu erkennen, dass im städtischen Haushalt ein wesentliches Umdenken bezüglich der Stadtbusverbindungen in Gang gekommen ist. Nach wie vor können viele Stadtteile von einer guten Busverbindung hin zu den

Verknüpfungspunkten mit der Euregiobahn nur träumen. Und ein Symptom für die Nachrangigkeit des städtischen ÖPNV ist die Tatsache, dass die Verbesserung der Haltestellen durch Überdachung und behindertengerechte Gestaltung (ein Projekt des regionalen Nahverkehrsplanes, der in diesem Jahr übrigens bereits ausläuft) seit Jahr und Tag immer wieder von der Verwaltung auf die lange Bank geschoben wird. Ich bin mal gespannt, ob es hier künftig ein Umdenken geben wird.

Ein letzter, aber für uns sehr wichtiger Punkt ist Alsdorfs Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz. Zwar haben wir seit Jahren ein Klimaschutzkonzept, aber die Umsetzung erfolgt – trotz der guten Arbeit des Klimaschutzbeauftragten nach wie vor eher betulich, was aber letztlich an der Politik liegt. Wir möchten, dass die Stelle des Klimaschutzbeauftragten nach Auslaufen der staatlichen Förderung unbefristet eingerichtet wird, denn Rat und Verwaltung brauchen diese Zuarbeit, da hier noch viel zu tun ist. Deshalb muss der Umweltbereich in diesem Haus nicht nur personell weiter gestärkt werden, auch im Haushalt müssen die Investitionen in Umwelt, Natur- und Klimaschutz, in Grün- und Biotopflächen gesteigert werden. Stattdessen sollen die Ansätze im vorliegenden Produkthaushalt bis 2022 deutlich abgesenkt werden. Das können wir GRÜNEN nicht gutheißen.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie ernst es die Ratsmehrheit mit einer Klima- und Verkehrswende nimmt, zeigt sich mit Blick auf

die notwendige Förderung umweltfreundlicher Mobilität: Im Hauptausschuss wurden eben wieder Aufträge zur Anschaffung zweier neuer städtischer Fahrzeuge vergeben. Natürlich ist wieder kein Elektrofahrzeug dabei. Die Begründung dafür war der höhere Anschaffungspreis. Betrachtungen zu den deutlich geringeren Folge- und Wartungskosten spielten wieder einmal keine Rolle. Und noch gilt ein rund zwei Jahre alter Beschluss, dass in den in diesem Jahr noch folgenden Beschaffungen für den städtischen Fahrzeugpark lediglich ein PKW mit Elektroantrieb ausgeschrieben werden soll, und dann auch nur alternativ zu einem Benziner und unter der Voraussetzung, dass er bestimmte Kosten pro km nicht überschreitet. Bei den Nutzfahrzeugen gibt es gar keine Vorgaben hinsichtlich eines umweltfreundlichen Antriebs, auch wenn man inzwischen – gewissermaßen als Alibi – einen Elektrokipper für den Friedhofsbereich angeschafft hat. Künftig werden wir verstärkt darauf hinwirken, dass der Fuhrpark klimagerecht umgestaltet wird.

Im Bereich der Erneuerbaren Energien, wie etwa Solarenergie und Windkraft sehen wir noch erhebliche Ausbaupotenziale gesehen, auch diese Ziele kommen im vorliegenden Haushalt zu kurz.

Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Rat haben wir auch diesmal darauf verzichtet, detaillierte alternative Haushaltstitel zu beantragen und es bei einer allgemeinen Analyse des vorliegenden Haushaltswerkes belassen.

Wir sehen darin ein grundsätzliches „Weiter so“, was die inhaltlichen Schwerpunkte anbetrifft und lehnen wie im Vorjahr den vorliegenden Haushaltsentwurf ab!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!